

Petra Pau

## Kein Land im Schock

John Mann ist ein britischer Parlamentarier. Wir kennen uns aus internationalen Konferenzen gegen Antisemitismus. Die Fußball-EM 2012 findet in Polen und in der Ukraine statt. John Mann erzählte mir: Die britische National-Elf wird ein politisches Zeichen gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus setzen und deshalb die Gedenkstätte KZ Auschwitz aufsuchen.

2010 war ich in Ungarn. Gemeinsam mit dem damaligen Präsidenten des Deutschen Fußballbundes Dr. Theo Zwanziger und mit dem Vorsitzenden des Zentralrates der Sinti und Roma in Deutschland Dr. Romani Rose. Wir fuhren in ein Dorf, in dem das Haus einer Roma-Familie angezündet, der flüchtende Vater und sein Sohn von Nazis erschossen wurden. Kein Einzelfall.

In Babi Jar, nahe Kiew, wurden 1941 über 30.000 Jüdinnen und Juden durch Deutsche ermordet. Auch das darf nicht vergessen werden. Also regte ich gemeinsam mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland an: Das DFB-Team möge dort innehalten. Bisläng vergeblich. Theo Zwanziger ist derweil zurückgetreten. Ein verlässlicher Mahner fehlt. Zu viele fehlen.

In Budapest besuchte ich damals einen Club im Jüdischen Viertel. Kurz zuvor war eine neue Regierung gewählt worden. Kommentatoren bezeichnen sie als rechtskonservativ-neofaschistisch. Bei ihrer öffentlichen Vereidigung jubelten ihr 70.000 Ungarinnen und Ungarn zu. Das parallel laufende Fußball-Länderspiel Ungarn-Deutschland besuchten nur 7.000 Zuschauer. Die Jugendlichen im Club mühen sich um mehr Miteinander: interreligiös und multikulturell. Und sie erzählten mir eine altbekannte Geschichte. Die soziale Lage in Ungarn sei für viele katastrophal. Folglich würden Schuldige gesucht. Und gefunden. Es seien die faulen Kriminellen »da unten«, also die Roma. Und es wären die raffenden Reichen »da oben«, also die Juden. Das Gift wirkt.

Das alles gab es in der Geschichte schon einmal. Allen voran in der deutschen, aber nicht nur. Es endete tödlich für Millionen Menschen,

für die Kultur, für die Zivilisation. »Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus!« Das schworen sich nach 1945 viele. 2009 sprach Imre Kertész im Deutschen Bundestag. Der Ungar hatte Auschwitz überlebt und ist Literaturnobelpreisträger.

Er mahnte im Rückblick auf den Holocaust eindrücklich: Was einmal geschah, obwohl es undenkbar schien, kann wieder geschehen! Ich empfehle sein Buch »Kaddisch für ein ungeborenes Kind«. Es bietet nachdenkliche Einblicke in die ewig verwundeten Seelen von Holocaust-Überlebenden und in die tödlichen Gefahren, die auch Jahrzehnte danach nicht gebannt sind.

Zehn Jahre lang forschten Professor Dr. Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld und sein Wissenschaftsteam über »Deutsche Zustände«. Ihr Fazit: Die »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« nimmt zu. Damit ist nicht nur Rassismus gemeint. Sondern auch die unterschwellig wachsende Ablehnung von Arbeitslosen, von Homosexuellen, von Andersgläubigen und so weiter.

Erinnert sei an 1992. Damals gab es Pogrome gegen Asylbewerberinnen und Asylbewerber in Rostock-Lichtenhagen, in Mölln und in vielen anderen Orten. Allein die offizielle Statistik wies damals 681 Brandanschläge auf Heime und Hütten von »Ausländern« aus. 681 Anschläge in 366 Tagen! Für die Betroffenen war es die Hölle im ach so gelobten Deutschland. Der rechtsextreme Mob schlug zu, Biedermänner zollten Beifall, die Polizei schaute weg und die Politik war zu Diensten. Sie schuf das Asylrecht de facto ab. Der Mob frohlockte. Das war die Zeit, in der sich der Nationalsozialistische Untergrund (NSU), wie sich das Nazi-Trio Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe selbst nannte, germanisch-rassistisch radikalisierte und so später zu kaltblütigen Mördern wurde.

Seit Januar 2012 gibt es im Bundestag einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss. Er soll die NSU-Nazi-Mordserie aufklären. Und ihre gesellschaftlichen Umstände. DIE LINKE berief Jens Petermann und mich in dieses Gremium. Die Arbeit hat gerade erst begonnen. Aber schon zu Beginn steht eine erhellende Frage: Über wie viele Morde reden wir eigentlich?

Das Bundesinnenministerium weist seit 1990 knapp 50 Tote aus. Journalisten vom »Tagesspiegel« und der Wochenzeitung »Die Zeit« recher-

chierten über 150 Fälle, bei denen Menschen durch Rechtsextreme umgebracht wurden. Die Antonio-Amadeu-Stiftung listet 182 Ermordete, Daten, Orte und Taten auf. Bei alledem geht es nicht um einen Zahlenstreit, sondern um politische Differenzen.

Die NSU-Nazi-Mordserie ist einzigartig. Aber war sie eine abartige Ausnahme von einer ansonsten guten Normalität oder ist sie »lediglich« ein extremer Beleg einer ohnehin gefährlichen Tendenz? Wer die kleine Zahl unterstellt, tendiert zur vermeintlichen Ausnahme. Wer jedoch 200 Opfer annimmt, belichtet eine viel weitergehende Gefahr. Und spätestens da scheiden sich die Geister.

»Das Soziale wird ökonomisiert, die Demokratie entleert, die Solidarität schwindet.« Das ist die politische Anklage, die Professor Heitmeyer und sein Team erheben. Es ist eine prägnante Generalabrechnung mit zehn und mehr Jahren Neoliberalismus. Und auch das belegen die Forscher: Gewalt als Problemlösung wird zunehmend in der Gesellschaft akzeptiert.

Seit Jahren mahne ich: Demokratieverdross ist immer ein Einfallstor für Rechtsextreme mit ihren menschenfeindlichen Parolen. Mit Sorge schaue ich nach Griechenland. Das Parlament dort wurde de facto entmachteter. EU-Sparkommissare diktieren Armut. BILD titelte: »Nehmt den Griechen endlich den Euro weg!« Und die CDU tönte: »Europa spricht wieder deutsch!«

Selbst in meinem Facebook-Freundeskreis, also unter Linken, kursieren vermeintliche Witze. »Die Kröten-Wanderung hat begonnen – von Deutschland nach Griechenland«, albert eine Karikatur. Feindbilder sind nicht lustig und Nationalismus ist keine Lösung. Aber inmitten der Gesellschaft kultiviert, ermutigen sie immer den rechtsextremen Rand. Bis zum Exzess.

Nachdem die NSU-Nazi-Mordserie publik wurde, gab es zerknirschte Gesichter. »Wir haben total versagt«, räumte der Chef des Bundeskriminalamtes Jörg Ziercke ein. »Wir hätten es besser wissen müssen«, befand der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz Heinz Fromm. Beides stimmt. Aber die Blindheit der Sicherheitsbehörden ist bestenfalls die halbe Wahrheit.

Die gesamte Bundesregierung hat bislang nichts begriffen. Es gab ein offizielles Gedenken für die NSU-Opfer im Berliner Schauspielhaus

am Gendarmenmarkt. Ich war dabei. Die Bundeskanzlerin sprach und entschuldigte sich. Kerzen des Gedenkens und der Mahnung wurden angezündet. Hinterbliebene der Nazi-Opfer kamen zu Wort. Es wurde ehrlich getrauert.

Wenig später fand die erste Anhörung im Untersuchungsausschuss des Bundestages statt. Sie war erschreckend erhellend. Allemal, als die Ombudsfrau der Bundesregierung für die Opfer-Familien der NSU-Morde, Barbara John (CDU), berichtete. Sie erzählte einfache Geschichten, die sie umtreiben. Sie scheinen unglaublich, aber sie sind offenbar passiert.

Die Witwe eines von der NSU-Nazibande ermordeten Mannes erhielt aus einem Opferfonds des Bundesjustizministeriums 10.000 Euro. Sofort meldete sich die Agentur für Arbeit. Staatliche Sozialleistungen würden eingestellt, bis die unverhoffte Summe aufgebraucht sei.

Die Tochter eines weiteren Nazi-Opfers brach ob der Schrecknisse ihr Studium ab. Jahre später schrieb sie sich erneut an einer Universität ein. Lapidar wurde ihr mitgeteilt, dies sei ihr gutes Recht. Aber ihre vormaligen Ansprüche auf BAföG seien inzwischen erloschen.

Eine dritte Betroffene zweifelte, ob sie weiterhin in Deutschland leben könne oder ob sie in der Türkei nicht sicherer sei. Sie wollte die doppelte Staatsbürgerschaft beantragen. Der Bescheid war preußisch korrekt: Das sieht das bundesdeutsche Recht nicht vor!

Seit dem 4. November 2011 ist die NSU-Mordserie bekannt. »Ein Land im Schock!«, hieß es. Welch mediale Übertreibung! Komplette an der Realität vorbei! Nach einem Anschlag im Jahr 2000 protestierten Hunderttausende. Diesmal gab es keinen »Aufstand der Anständigen«. Und die politisch Zuständigen zündeln weiter, als sei nichts geschehen.